

den. „Wer von euch“, sagt Jesus im Evangelium, „dem sein Ochse in die Grube fällt, wird ihn auch am Sabbat herausziehen?“ In dieser Hinsicht gibt es heute sogar eine übertriebene Aussparung des Sonntags, genauer gesagt, des „Wochenendes“, denn der Samstag wird ja völlig unberechtigtweise immer mehr dem Sonntag gleichgestellt. Wenn Kinder nicht mehr sonntags geboren werden und Kranke in der Klinik sonntags nicht mehr sterben dürfen, dann ist das eine Perversion, hinter der natürlich überhaupt nicht so etwas wie Schutz des Sonntags steht, sondern einfach ein falsches Freizeitverständnis von Funktionären, die dem Beruf, um den es sich hier handelt, offenbar nicht innerlich verbunden sind. Aber solche Erhaltungsarbeiten sind von Produktionstätigkeiten deutlich unterschieden. Es hat mich in Israel sehr beeindruckt, als ich in einem Kibbuz auf meine Anfrage nach der Arbeit am Sabbat erfuhr: „Wir melken natürlich unsere Kühe, weil das für die Kühe und für die Erhaltung der Milchproduktion notwendig ist, aber wir verkaufen niemals die am Sabbat gemolkene Milch. Ehe wir mit ihr ein Geschäft machen, schütten wir sie weg.“ Ich sage nicht, daß Christen so etwas tun sollten. Sie werden die so gewonnene Milch als Gabe Gottes mit Dank annehmen. Aber die Juden ihrerseits bemerken sehr wohl die Gefahr, sich in die eigene Tasche zu lügen, während man sich in die eigene Tasche arbeitet.

Der zweite, ungleich wichtigere Teil der Sonntagsarbeit ist die Arbeit nicht bloß *am* Sonntag sondern *für* den Sonntag. Der Pfarrer, der Mesner und der Organist arbeiten für den Sonntag. Aber auch diejenigen, die das Sonntagsessen auf den Tisch bringen. (Müssen es immer die Mütter sein, die dasselbe auch schon werktags tun?) Alle, die die öffentlichen Verkehrsmittel in Betrieb halten, alle, die im Gaststättengewerbe arbeiten usw. Gewiß arbeiten auch sie am Sonntag für ihren Lebensunterhalt. Aber sie tun es mit Arbeiten, die für viele den Sonntag sonntäglicher machen. Und nur wenn und insofern sie das tun, ist die Arbeit am Sonntag gerechtfertigt.

Alles aber, was über diese beiden Kategorien hinausgeht, ist ein Anschlag auf den Sonntag und ein Verstoß gegen seinen verfassungsrechtlichen Schutz.

Und was nun die Produktionsmethoden betrifft, die bei Aussparung des Sonntags zu Einbußen führen, so kann die Frage nur lauten: wie werden wir mit diesem Problem fertig unter der Voraussetzung, daß der Sonntag nun einmal nicht zur Disposition steht? Warum, so könnte man ja fragen, entwickelt man überhaupt eine Methode, die nur unter irrealen Voraussetzungen rentabel sein kann? Das tut doch sonst kein vernünftig kalkulierender Techniker. Er stellt zunächst die Gegebenheiten in Rechnung und entwickelt seine Verfahren mit Bezug auf diese Gegebenheiten. Wasserkraftwerke in einem Land ohne Wasser sind sinnlos. Offenbar muß doch jemand schon bei der Entwicklung solcher Verfahren auf einen 7. Arbeitstag spekuliert haben, den es in unserem Kulturkreis gar nicht gibt. Aber auch jetzt ist das Problem unter völliger Verschonung des Sonntags dann lösbar, wenn der Gesetzgeber davon ausgeht, daß er nicht in der Lage ist, über diesen Tag zu disponieren.

Zum Glück ist der Mensch, vor allem in einer freien Gesellschaft und Wirtschaft, unerhört erfindungsreich. Es gibt nur eine Bedingung für das Finden von Auswegen. Man muß das Bewußtsein haben, mit dem Rücken an der Wand zu stehen und nicht schon einen leichteren Ausweg zu haben. Welche erstaunlichen Erfindungen werden in Kriegen gemacht! Das ökologische Bewußtsein der letzten Jahre hat der Industrie völlig neue Wege gewiesen, weil plötzlich Naturressourcen nicht mehr zur freien Verfügung stehen, die bisher zur Verfügung standen. Und daß Natur etwas anderes ist als bloße Ressource für menschliche Produktivität, das ist in den letzten Jahren immer mehr zu Bewußtsein gekommen. Schon dürfen alte Bäume in Städten nicht mehr gefällt werden. Sie scheiden aus den Nutzen-Kosten-Rechnungen aus als Gegebenheiten, die unserer jederzeitigen Disposition entzogen sind. Und gerade die jüngere Generation besteht darauf, daß sie aus diesem Kalkül ausscheidet. Der Sonntag ist wie ein Baum, in dessen Schatten wir seit jeher auszuruhen gewohnt sind. Als Ressource darüber hinaus steht er nicht zur Verfügung. Nur wenn das ohne Wenn und Aber klar ist, nur dann werden Wege gefunden, auch ohne einen siebten Arbeitstag zu leben.

Robert Spaemann

Werden Politiker überfordert?

Ein Beitrag zum Thema Christ und Politik

Was ist Aufgabe von Christen in der Politik? Und werden christliche Politiker u. U. auch von ihrer Kirche überfordert? Hier eine Stellungnahme des niedersächsischen Umweltministers Werner Remmers, die auf eine Diskussion auf dem letzten Sozialethikertag in Mönchengladbach zurückgeht.

Gefragt nach dem Wirkungszusammenhang von Christsein und Politik antworte ich:

Der Glaube und was die Kirche in Konsequenz des christlichen Glaubens sagt, war für mich als Politiker immer wichtig und ist es auch heute noch. Von hier aus wuchs meine Motivation, hier fand ich Kraft und Orientierung. Mir wurden auch Grundsätze mit auf den Weg gegeben. Weniger dagegen hatte ich erfahren, auch nicht nach den Prägungen in der katholischen Jugendarbeit, im Sozialen Seminar und im Studium bei Professor Höffner in Mün-

ster/Westf., wie Politik in der Demokratie eigentlich geht. Den hohen Rang der Kompromisse in der Demokratie, das ständige Ringen um die Frage, richte ich mich nach der vorhandenen Mehrheit oder wie lange und wie weit kann ich mich bemühen, eine Mehrheit aufzubauen für ein Ziel, das ich als richtig erkannt habe, für das es aber keine oder noch keine Mehrheit gibt – darüber war wenig zu erfahren. Als Christ wußte ich in der Politik zunächst besser, was die Politik bewirken sollte als wie sie das bewirken konnte. Auch unsere christlich-sozialen Grundsätze ließen und lassen sich ja nicht mal eben durchsetzen. Wir sind eigentlich immer ziemlich weit von der idealen Linie entfernt. Doch auch wenn die Grundsätze oft nicht annähernd erreicht werden, so sind sie doch ein wichtiger Kompaß in der ziemlich Wildnis, in der wir uns bewegen. Ich kann mich besser orientieren, die Richtung angeben und Annäherungswerte erreichen. Auch gegenüber den Tages-, Monats- und Jahres-Stimmungsschwankungen werden wir resistenter, gewissermaßen verblüffungsresistenter. Verblüffungsresistenter auch gegenüber den großen Lösungen, den großen Reformen, den innerweltlichen Heilsversprechungen und den dann – nach eingetretener Enttäuschung – schnell folgenden Untergangsstimmungen.

Damit bin ich bei den drei Punkten, die ich gerne ausführen möchte. Ich habe überlegt: in welchen Fragen ist ein Christ in der heutigen Politik und ihren speziellen Herausforderungen besonders auf die Probe gestellt? Ich stelle dabei nicht die wichtigen Sachfragen als solche – z. B. Arbeitslosigkeit, neuer Begriff von Arbeit, Verteilung der Arbeit, Reform unseres sozialen Sicherungssystems oder die Umweltpolitik – in den Vordergrund, sondern die Herausforderung des Christen im Hinblick auf spezielle Gefährdungen demokratischer Politik heute.

Die Welt nicht beschimpfen, weil sie endlich ist

Wir müssen uns sehr dringlich darum bemühen, zu einer neuen nüchternen Einschätzung der Möglichkeit zu kommen, die politisches Handeln überhaupt hat. Den Bürgerinnen und Bürgern müssen wir sagen, daß ein Teil der Enttäuschungen über Politik in der Demokratie von zu hohen Erwartungen herrührt. Perfektionistische Sollforderungen bewirken Realitätsvermiesung! Der frühere italienische Botschafter in der Bundesrepublik Graf Ferrares hat in einer Gastkolumne für die FAZ das Fehlen einer gewissen Distanz bei den Deutschen konstatiert. Einer Distanz, die Gelassenheit vermittelt. Er schreibt: „Die Probleme der Menschheit lassen sich nur langsam lösen, sofern sie nicht sogar unlösbar sind. Die Deutschen hingegen sind grundsätzlich davon überzeugt, daß der Wille genügt, um wie durch Zauberei jede Hürde zu nehmen.“

Natürlich haben sich auch die Politiker an der Steigerung der Erwartungen beteiligt, weil sie mehr versprechen als sie halten können. Aber es gilt auch wiederum die Fest-

stellung von Alois Glück: „Bei zu vielen Mitbürgern gilt als der wahre Volksvertreter, wer sich mit der kämpferischsten Formulierung, der kompromißlosesten Forderung scheinbar zum Anwalt der Bürger macht. Politik verkümmert zum Wettbewerb der Forderungen.“ Aber wegfordern lassen sich Probleme nicht, und das Weghandeln ist unendlich mühselig, braucht Zeit, geht auch nicht einfach von oben und stößt an Grenzen. Wenn man etwas tiefer ansetzt, ist meiner Meinung nach an solcher Überforderung der Politik zu erkennen, daß es um einen Machbarkeitsglauben in anderem Gewande, mit anderem Vorzeichen geht. Zuerst glaubte man, auf der aufsteigenden Linie des Fortschritts alles machen und alles besser machen zu können. Der Mensch hatte sein Schicksal selbst in die Hand genommen. Nun sind wir unter die Auswirkungen unseres eigenen Machens geraten, also – wie Odo Marquard sagt – vom Schicksal ins Machsal geraten. In der Folge versprochen viele Politiker und erwarteten viele Bürger, daß man nun die Folgen des grenzenlosen Machbarkeitsglaubens bewältigen werde bzw. solle, und zwar nach dem Motto: Wir fordern alles und das sofort, und das Echo vieler Politiker war: Unmögliches wird sofort erledigt, Wunder dauern etwas länger. Dauert es dann aber eben doch länger, ist alles komplizierter, und bedarf es auf der vollen Breite aller Risiken einer abwägenden Risikobetrachtung, dann verfallen viele in Katastrophenstimmung, es wuchern säkularisierte Formen der Naherwartung, es kommt grundsätzlicher Zweifel gegenüber unserer Form demokratischer Politik auf, so als brauchten sich die Politiker nur vernünftig anzustellen und die Probleme ließen sich lösen.

Mich bewegt dies alles als Christ in der Politik besonders, weil ich immer mehr erkenne, wie schwer es den Menschen fällt, mit der Endlichkeit und der Begrenztheit der Welt zu leben, wenn kein Bezug zur Transzendenz zur Verfügung steht, wenn Gott nicht vorkommt. Professor Richard Löwenthal sagte mir einmal in einem Gespräch: „Wenn ich die Unendlichkeit ablehne, darf ich die Welt nicht beschimpfen, weil sie endlich ist.“ Wir müßten also so oder so die Begrenztheit der Welt akzeptieren und damit auch der Politik. Wobei ja nicht nur die Lösungskompetenz des politischen Handelns der Endlichkeit unterliegt, sondern auch die Politik als menschlicher Prozeß (was so in den Parteien läuft) der Endlichkeit und der Sündhaftigkeit unterworfen ist. Man kann eben nicht einerseits den Versuch machen, ohne Gott auszukommen und dann doch wieder innerweltlich unendliche Erwartungen an den Staat, an die Gesellschaft und an die Politiker richten.

Nun vermuten vielleicht manche hinter solchen Überlegungen eine neue Form der Jenseitsvertröstung. Nein, es ist die Suche nach dem Punkt im Spannungsfeld zwischen den beiden Fluchtbewegungen: Jenseitsvertröstung und Diesseitsverkrampfung. Persönlich hilft mir, diesen Spannungspunkt zu finden, die alte „Faustformel“: so beten, als wenn alles auf Gott ankommt, und so arbeiten (und Politik machen), als wenn alles auf uns ankommt. Die

Aufgabe aller Politiker müßte darin bestehen, die Überlastung an Erwartungen an Staat und Politik in diesem Sinne abzubauen. Die Christen in allen Parteien haben hierbei eine besondere Verantwortung.

Es muß auch immer wieder gesagt werden, daß alle Verantwortung tragen und im kleinen wie im großen Schuld auf sich laden. Schuldbewußtsein und Verantwortung hinausprojizieren und auf die Gesellschaft verschieben, ist ein moderner Trick, der zur Überforderung von Staat, Politik und Gesellschaft führt. Kolakowski beschreibt diesen Vorgang so: „Der Kern unseres Weltbildes nach dieser Entdeckung läßt sich kurz so zusammenfassen: Du bist vollkommen, ich bin vollkommen, ein jeder von uns separat ist vollkommen, aber die Gesellschaft ist entsetzlich.“

Auf der anderen Seite ist natürlich gerade die moderne Gesellschaft mit ihren speziellen Übertreibungen und mit ihrer oft maßlosen Dynamik selber so etwas wie ein verkehrter Unendlichkeitsersatz geworden. Die Gesellschaft kann von diesem Ansatz her nicht halten, was sie ständig verspricht. Dies ist jedenfalls ein Grund, wenn auch keine Entschuldigung dafür, daß Bürger Vollkommenheit und Unvollkommenheit so ungleich zwischen sich und der Gesellschaft aufteilen.

Das Gemeinwohl und die Nischeninteressen der einzelnen

Im Seminar bei Joseph Höffner – es ist jetzt mehr als 25 Jahre her – hätten wir nie gedacht, daß die diskutierten Gemeinwohlbeschreibungen, die *bonum-commune*-Definitionen, uns in der politischen Praxis solche Schwierigkeiten machen würden. Eigentlich dürfte auch heute niemand bestreiten, daß das *bonum commune* nicht die schlichte Summe der Einzelwohle und Einzelinteressen sein kann. Aus unmittelbarer Erfahrung ist heute noch hinzuzufügen: das *bonum commune* läßt sich auch nicht von der Summe der Einzel- oder Gruppenängste herleiten. Das Gemeinwohl ist etwas Eigenes. Es schließt auch ein Zurückstecken, ein Ertragen mit ein, eben das, was wir auch „Einer trage des anderen Last“ nennen. Leicht wird es nie gewesen sein, Bürger wegen des Baus einer Talssperre umzusiedeln oder ihnen die Belastungen des Braunkohletagebaus zwischen Köln und Aachen zuzumuten. Aber es wurde letztendlich akzeptiert. Heute ist der *bonum-commune*-Gedanke kaum noch lebendig. Wir Politiker sollen zwar sofort alles tun, damit die Nordsee nicht mehr verschmutzt wird. Die Hohesee-Verbrennung z. B. soll eingestellt werden, aber niemand willigt in einen Standort zur Verbrennung an Land ein, auch wenn Spitzentechnologie eingesetzt wird.

Wir Politiker und speziell wir Minister sind aber doch verpflichtet, unter Abwägung aller Möglichkeiten einerseits und aller Risiken andererseits, das für die Gesamtheit der Bürger annähernd Richtige zu tun. *Bonum-commune*-orientierte politische Entscheidungen dürfen doch nicht deshalb unterbleiben, weil sich örtlich oder regional mehr-

heitlich Widerstand zeigt. Unsere Demokratie ist keine Regionaldemokratie. Aber die Gefahr besteht, daß unsere Demokratie in bestimmten Bereichen, speziell im Umweltbereich, zur Regionaldemokratie verkommt und zur Stimmungsdemokratie dazu, weil es heute je nach Katastrophenmeldung starke Stimmungsausschläge gibt, wobei unser Mediensystem bei der anerkannt wichtigen Rolle, die es zu spielen hat, eben auch als Durchlauferhitzer fungiert. Aber weder ist es undemokratisch, wenn im Interesse des Gemeinwohls eines ganzen Landes gegen eine lokale oder regionale Mehrheit entschieden wird, noch läßt sich eine sachbezogene, nur langfristig umzusetzende Politik machen, wenn den jeweiligen Stimmungen gefolgt wird.

Das Beispiel Energiepolitik macht dies besonders deutlich. Anfang der 70er Jahre bewirkte der Ölchock in Verbindung mit der Devise: unabhängig werden von den Ölscheichs, daß mit den Planungen für das Kraftwerk Buschhaus begonnen wurde. Die sehr schwefelhaltige Kohle sollte verbrannt werden. Als die große Debatte um das Waldsterben lief, wurde Buschhaus zum Symbol für Luftbelastung, zur Dreckschleuder der Nation (daß die Relationen tatsächlich ganz anders waren, wurde nicht wahrgenommen). Nach der Katastrophe von Tschernobyl suchte alle Welt wieder nach Kraftwerken mit fossilen Brennstoffen. Hätte es noch ein zweites Buschhaus gegeben, es wäre mit in die Berechnungen einbezogen worden, wie schnell man aus der Kernenergie aussteigen könne. Vielleicht führt die Klimadiskussion in kurzer Zeit zu einer erneuten Kursänderung mit einer eher wieder nüchternen Einschätzung der Risiken der Kernenergie. Eine verantwortliche Politik kann und darf solche Schwankungen nicht mitvollziehen. Gemeinwohlorientierung heißt zwingend, daß die politischen Entscheidungen am Wohl des Ganzen orientiert sind und auf langfristige Perspektiven hin konzipiert werden.

Ich sehe für unsere Art der Politik in der Demokratie eine große Gefahr in der Kultivierung der individuellen, bestenfalls noch freundschaftlich familiären Nische, in der man seine Wünsche, Erwartungen, Forderungen und Ängste kultiviert. Der Verpflichtungen gegenüber dem Ganzen werden minimal gehalten und im übrigen anonym abgegolten. Bei vielen bildet sich in ihrem Verhältnis zur Politik eine Tribünenmentalität. Es reicht noch gerade zum Zuruf, dieser politische Mittelstürmer ist auch eine Flasche. Wer etwa ein sogenanntes einfaches Leben mit Ökogarten und renoviertem Bauernhaus schätzt, wird im Falle der Krankheit dann doch zum Kritiker der Politiker, weil das Kreiskrankenhaus keinen Computertomographen hat. Auch hier hat Kolakowski den Nagel auf den Kopf getroffen: „Wir wünschen Freiheit von Pflichten und völlige Befriedigung, und die Sache der ‚Gesellschaft‘ ist es, uns beides zu verschaffen. Die Gesellschaft ist aber, leider, identisch mit allen anderen Menschen. Und wenn jeder von uns von allen anderen verlangt, daß sie ihn von allen Pflichten befreien und alle Pflichten auf sich nehmen, erreicht natürlich niemand das Ziel, und alle sind frustriert.“

Auf der anderen Seite gibt es natürlich auch Gründe für diese ausgeprägten Nischeninteressen und die Tribünenmentalität in unserer Gesellschaft, Gründe, die teilweise auch wir Politiker zu vertreten haben. Wir haben die teilig und anonym organisiert, daß die Summe dieser anonymen Mächte für den einzelnen tatsächlich außerordentlich anstrengend geworden ist. Der Rückzug auf die Summe der Einzelinteressen als angebliches Gemeinwohl ist da natürlich ein verständlicher und naheliegender Ausweg.

Wenn es im übrigen für alle Christen heute in der Politik bezogen auf das Gemeinwohl eine gemeinsame Aufgabe gibt, dann die, in einer Art überparteilicher großer Koalition das Gemeinwohl gegen parteipolitische Polemik und gegen vordergründigen parteipolitischen Stimmengewinn (der oft nur ein Stimmengewinn ist) durchzusetzen und zu sichern. Denn das Gemeinwohl ist nicht nur durch die vorhin schon erwähnte „Abgehobenheit“ seiner Grundsätze gefährdet, sondern wird heute auch durch parteipolitischen Opportunismus vielfältig unterlaufen und untergraben.

Mut zum Handeln und Entscheiden

Häufig werden in unserer Zeit gerade die Umweltminister gefragt, ob sie denn ganz sicher seien, jede Gefahr ausschließen könnten und ob sie denn selber nicht auch Angst hätten. Wenn aber nicht ganz sicher und gar Angst, dann bitte keine Entscheidung. Mir fällt dann manchmal ein Song von Hans-Dieter Hüsck ein: „Ich habe Angst und muß doch mutig sein.“ Denn natürlich gibt es Zweifel, aber dennoch müssen Entscheidungen getroffen werden, zumal das Nichtentscheiden auch eine Entscheidung ist und meistens eine falsche. In der Umweltpolitik z. B. bewirken die heute nicht getroffenen und nicht durchgesetzten Entscheidungen die Altlasten von morgen. Aber neue Entsorgungskonzepte sind nur gegen erheblichen Widerstand durchsetzbar, weil man ohne jedes Restrisiko leben will. Dabei werden dann alle schon früher einmal getroffenen Entscheidungen für die Versorgung (ökonomisch, pharmazeutisch bis hin zur chemischen Reinigung und alles, was dazwischen liegt) stillschweigend hingenommen, aber die leider oft erst jetzt anstehenden Entscheidungen zur Entsorgung werden abgelehnt. Das Drama mit der nahezu ungefährlichen Molke hat gezeigt, wie in solchen Fällen die Politik und der Staat an den Rand der politischen Handlungsunfähigkeit geraten kann.

Nie sind wir ganz sicher, was das Richtige oder das Sichere ist, und es muß selbstverständlich sein, daß zur Glaubwürdigkeit unserer Politik der ständige Zweifel gehört, ob es nicht noch andere für das Gemeinwohl zuträglichere Lösungen mit noch weniger unbeabsichtigten Nebenfolgen gibt. Dennoch müssen wir aber zu Entscheidungen kommen. Deshalb besteht ja die Demokratie gerade im wesentlichen aus Spielregeln, wie man zu

Entscheidungen kommen kann, obwohl wir uns uneinig sind, es keiner genau weiß und keine politische Meinung ganz richtig und keine ganz falsch ist. Demokratie ist eine Art und Weise, Regieren unter Kontrolle und zeitlich befristet zu ermöglichen. Demokratie ist aber keine Art und Weise, Entscheiden und Regieren zu verhindern. Zur Demokratie gehört auch der Kompromiß, die Wahl des geringeren Übels. Die Wahl des geringeren Übels ist eine legitime und notwendige politische Entscheidung und darf nicht als Sünde gegen den rechten Glauben oder die richtige politische Überzeugung verteufelt werden. Sonst schwinden die Selbstbehauptungschancen der Demokratie. Das gilt auch für die umweltpolitischen Entscheidungen. Da wir ohne jedes Risiko nicht leben und arbeiten können, muß auch ein Risikokompromiß gefunden werden. Das Ziel muß ein Risiko-Mix auf möglichst niedrigem Niveau sein, aber eben eine kompromißartige Gesamtabwägung aller Risiken in Relation zu der Frage, wie wir denn in Zukunft leben wollen.

Diesen Risikokompromiß zu finden und in Politik umzusetzen, ist insbesondere deshalb so schwer, weil zahlreiche Lebensrisiken in Vergessenheit geraten sind. Diese Lebensrisiken konnten durch Wissenschaft und Technik, etwa speziell der Chemie und Pharmazie, so vermindert werden, daß weithin in Vergessenheit geraten ist, warum wir z. B. so alt werden können, mit vielen Krankheiten besser fertig werden und überhaupt so leben können, wie wir heute leben. Nun gibt es gute Gründe, unsere Art zu leben zu überdenken und auf eine Reihe von vermeintlichen Wohltaten unserer Industriegesellschaft zu verzichten. Aber auf welche? Wer soll das bestimmen? Und wenn man sich darüber verständigen könnte, bedürfte es doch wieder des Risikokompromisses, denn z. B. auf wieviel Chemie und Pharmazie wollen wir verzichten und wieviel Risiko und Belästigung herkömmlicher Art wollen wir dafür wieder in Kauf nehmen. Man kann nicht die durch wissenschaftlichen und technischen Fortschritt zurückgedrängten Risiken stillschweigend als erledigt betrachten und andererseits die Industrie, die diese Art von wissenschaftlichen und technischen Fortschritt anwendet, wegen der damit verbundenen Risiken, die heute nur deutlicher erkannt werden, pauschal verdammen. Es bleibt nur die Möglichkeit, in einem mühsamen Prozeß nun diese Risiken abzubauen und eine neue Gesamtabwägung vorzunehmen und zwar im Rahmen einer Vorwärtsstrategie, nicht im Rahmen von Ausstiegsszenarien. Wiederum werden dann dabei Kompromisse erforderlich sein: wie stark zu Lasten der Arbeitsplätze, wie stark im Gleichschritt mit den anderen Ländern? Die Balance zwischen Ökologie und Ökonomie ist nicht so leicht zu finden, wie manche Pastöre in unseren Kirchen darüber predigen. Am 1. Mai die Predigt für mehr Arbeitsplätze und die Kritik an den Politikern, daß sie für die Stahlarbeiter nichts tun. Am nächsten Sonntag die Predigt mit der Forderung nach Verboten bestimmter Stoffe und Auflagen für die Industrie und dem Hinweis, in Buschhaus sei die Landesregierung wieder einmal weich geworden. Dabei waren dort einige hundert Arbeitsplätze gerade gesichert worden,

weil zeitlich befristet geduldet wurde, daß der SO_2 -Ausstoß minimal höher lag, als wir uns zum Ziel gesetzt hatten, aber weit niedriger blieb als noch vor zwei Jahren.

An Kompromissen kommt niemand vorbei

Auch in diesem Sinne werden wir an Kompromissen nicht vorbeikommen. Wer zu all diesen Fragen, so wichtig sie ja für sich sind, immer gleich meint, hier werde über Heil oder Unheil, Leben oder Tod entschieden, der gibt sinnvolles politisches Handeln in der Politik als Möglichkeit auf.

Ich habe, zusammenfassend gesagt, drei Bereiche ange-

sprochen: zuerst die Überforderungskrise der Politik, also die Frage, was kann Politik überhaupt bewirken; zweitens die privatistische und die parteipolitische Auszehrung des Gemeinwohls, also das Schwinden des Gemeinwohlbewußtseins; und drittens den Entscheidungsnotstand der Politik, also die Frage, bringen wir überhaupt noch den Mut auf zu notwendigen Entscheidungen. In diesen drei Bereichen, die für das Gelingen von Politik wesentlich sind, sind in besonderer Weise alle Christen mit der Nüchternheit, Selbstlosigkeit und Hoffnung, zu denen wir im Glauben befähigt sind, gefordert. In diesem Sinne wünsche ich mir eine große Koalition aller Christen über alle Parteigrenzen hinweg.

Werner Remmers

Orientierungsversuche auf schwierigem Feld

Ein Symposium über Fragen der Bioethik

Seit 1983 besteht die von Internationalen Vereinigung der Katholischen Universitäten getragene „International Study Group of Bioethics“, die sich um Informationsaustausch und Urteilsbildung auf dem Feld der Bioethik bemüht. Der an der römischen Gregoriana lehrende Moraltheologe Klaus Demmer, der in der HK schon einmal über die Arbeit der internationalen Studiengruppe berichtet hat (vgl. HK, Oktober 1986, 489–493), informiert über das jüngste Symposium, bei dem es vor allem um die Herausforderung der Moral durch die Biologie, speziell Forschungen zur Entwicklung des Embryo, ging.

Kongresse zu Fragen der Bioethik erleben zur Zeit eine Hochkonjunktur. So veranstaltete die *Accademia Alfonsiana* – ein der römischen Lateran-Universität angeschlossenes Spezialinstitut für Moraltheologie – in der Osterwoche einen Internationalen Kongreß zu Fragen der Moral und Medizin, der annähernd zweihundert Wissenschaftler und Interessenten aus aller Welt anlockte. Auf der Rednerliste standen aus dem deutschsprachigen Bereich neben dem Nobelpreisträger *W. Arber* (Basel) die Moraltheologen *Bernhard Häring*, *Franz Böckle* und *Klaus Demmer*. Alle Themenbereiche wurden abgedeckt, von wissenschaftstheoretischen Grundsatzfragen über die Problematik des Humanexperiments bis zur Aids-Bekämpfung. Es überwog das Referat, mancher Teilnehmer hätte sich mehr Raum für das intensivere Gespräch gewünscht. Die Podiumsdiskussionen konnten dieses Desiderat nicht voll abdecken. Im letzten Augenblick mußte man sich eine Erweiterung des Programms durch die Kongregation für das katholische Bildungswesen gefallen lassen; zusätzliche Referenten wurden eingeführt. Beinahe gleichzeitig lief in der Klinik San Raffaele in Mailand ein *Expertengespräch* ab, das von derlei Interventionen verschont blieb. Und die *Balzan-Stiftung* veranstaltete

am 12. und 13. Mai in Venedig ein Gipfeltreffen, das führende Forscher von Weltrang – man sah unter den Teilnehmern *P. Singer*, *R. Edwards*, *M. Warnock* – zu Gast hatte. Hier überwog die Diskussion. Die internationale Presse berichtete darüber ausführlich.

Fragen zur Entwicklung des Embryo

Im ersten Vergleich mit solchen Großveranstaltungen, die in den Medien gebührenden Widerhall finden, nehmen sich die Initiativen der „International Study Group of Bioethics“ – sie wird getragen durch die Internationale Vereinigung der katholischen Universitäten – eher bescheiden aus. Aber der Schein trügt. Man geht zwar der Öffentlichkeit aus dem Weg. Dennoch hat das seine Vorteile. Die Atmosphäre ist wohltuend gelockert. Profilierungszwänge entstehen nicht. Das 10. Symposium dieser Gruppe fand vom 3. bis 5. Juni in Wien statt. Zur Debatte stand die Herausforderung der Moral durch die Biologie. Vertreter waren Moraltheologen, Philosophen und Naturwissenschaftler aus ganz Europa und aus Nord- wie Südamerika. Unter den Anwesenden sah man zeitweilig auch die Kardinäle *Franz König* (Wien) und *Carlo M. Martini* (Mailand). Das vermochte allerdings die Präsenz eines vatikanischen Beobachters nicht zu verhindern. Die Organisation der Tagung ermöglichte ein Gleichgewicht von Vortrag und Diskussion und förderte die aktive Beteiligung aller.

Das Symposium verlief auf durchgehend hohem Niveau. Die Tatsache, daß die anwesenden Naturwissenschaftler zum Teil auch Theologen waren – so verfügen die spanischen Jesuiten über kompetente Humangenetiker –, tat dazu ein übriges. *A. Serra* (Rom), *C. Alonso Bedarte* (Madrid) und *J. Rubio Cardiel* (Oviedo) stellten anhand neuesten Forschungsmaterials die *Entwicklung des frühen*